



Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen und Leser,
selbstverständlich bewegt mich das Sterben so vieler Asyl suchender Menschen im Mittelmeer sehr. Im Bundestag gab es dazu eine Debatte, die nach Ursachen, mehr aber noch nach Maßnahmen zur Verhinderung ähnlicher Katastrophen fragte. Innenminister Thomas de Maiziere hat dazu beeindruckende Worte gefunden. Außenminister Frank-Walter Steinmeier stellte den Handlungsbedarf und das gemeinsame Engagement beider Minister vor. Wenn uns Menschen in Deutschland unsere Betroffenheit

zu einer vermehrten Einsicht führen würde, dass wir um die großen Probleme der Gegenwart keinen Bogen mehr machen können, sondern dass wir mit viel mehr Nachdruck und auch mit finanziellem Engagement in einem gemeinsamen Handeln Europas und anderer leistungsfähiger Staaten helfen müssen, ist das nicht zuletzt in unserem eigenen Interesse. Dann wären diese Menschen nicht ganz umsonst gestorben. Die Probleme haben solche Dimensionen erreicht und sind damit zu Gefahrenpotentialen auch für uns hier in Europa gewor-

den, so dass dringend eine nachhaltige Entwicklungshilfe in konzertierter Aktion notwendig ist. Sowohl vom Volumen als auch vom Namen her könnte der zurzeit in Diskussion stehende Solidaritätszuschlag eine Finanzierungsquelle darstellen. Die wirkliche Rettung der Migranten fängt bei nachhaltiger Verbesserung ihrer Lebenssituation in ihrer Heimat an.

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen

Ihr Martin Patzelt

Get together in der Friedenskirche Frankfurt (Oder)



Am **Samstag, 25.04.2015**, findet ab **13 Uhr** in der Friedenskirche Frankfurt (Oder) das zweite „Get together“ statt. Dazu lade ich alle Bewohner der Stadt herzlich ein. Wer ein Instrument spielt, wer ein einfaches Brettspiel oder

über für diesen Raum geeignete Spielgeräte verfügt, wer einen Kuchen mitbringen kann, wer über interessante Bilder oder Videos verfügt, die er gern zeigen möchte, wer Singen möchte oder gar sein Instrument dort spielen will -

alles hilft, die gemeinsamen Stunden zu gestalten und Gemeinschaft zu erleben. Wir alle haben etwas, was wir zu dieser Party mitbringen können. In erster Linie nämlich uns selbst.

Nr. 37/18. WP
24. April 2015

Völkermord an den Armeniern vor 100 Jahren

Am Freitag gedachte der Bundestag vor den Opfern der Vertreibungen und des Völkermordes an den Armeniern durch die damalige jungtürkische Regierung vor 100 Jahren.

Der Versuch der Auslöschung des armenischen Volkes betraf auch aramäische/assyrische und chaldäische Christen. Die Kultur einer der ältesten Nationen der Welt wurde vernichtet. In dem Bewusstsein auch deutscher Mitverantwortung

und der Einzigartigkeit des Holocaust bekräftigt die Bundesrepublik mit ihrem Gedenken auch die Unterstützung des Versöhnungsprozesses zwischen den Türken und den Armeniern, der in den letzten Jahren ins Stocken geriet. Konstruktive, schonungslose und vorwurfsfreie Aufarbeitung historischer Fakten, die Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen sowie die Versöhnung zwischen Türken

und Armeniern müssen von Deutschland in jeder möglichen Weise unterstützt werden.

Ohne Anerkennung, so schwer diese auch wird, und Aufarbeitung solcher Schuld bleibt eine offene Wunde, aus der immer neu Böses wächst – so Papst Franziskus anlässlich dieses Gedenktages.

Flüchtlingsdrama im Mittelmeer drängt zum Helfen

Das Mittelmeer hat sich zum weltweit tödlichsten Fluchtweg von Flüchtlingen entwickelt.

Bei dem aktuellen Flüchtlingsdrama ertranken mehr als 900 Menschen. Diese menschliche Katastrophe an den EU-Grenzen bewegt die Herzen der Welt und zeigt mit den vielfältigen und konzeptionellen Reaktionen, dass ein entschiedenes Helfen und Handeln auch auf europäischer Ebene nötig ist, um weitere Opfer zu verhindern. Die Dringlichkeitsdebatte zur Lage der Flüchtlinge im Mittelmeerraum am Mittwoch im Plenum untermauerte den festen Willen der deutschen Abgeordneten, konkrete

Maßnahmen umzusetzen. Unisono hieß es: Wir wollen unbedingt Menschenleben retten, die Fluchtursachen bekämpfen und die kriminellen Schlepper verfolgen.

Um die Flüchtlinge davon abzuhalten, sich von Schlepperbanden über das Mittelmeer bringen zu lassen, hatte man zu Wochenbeginn bereits einen 10-Punkte-Plan erstellt. Einige Politiker schlagen die Einleitung von Asylverfahren schon in den nordafrikanischen Ländern vor. Da aber nicht alle nordafrikanischen Länder demokratisch sind und die staatliche Ordnung zum Teil instabil - oder wie in Libyen

zusammengebrochen - ist, bleibt eine Umsetzung dieses Vorschlages noch sehr problematisch.

Der kurzfristig für Donnerstag angesetzte Sondergipfel der EU-Staats- und Regierungschefs in Brüssel bekräftigte den Ausbau der Seenotrettung im Mittelmeer, die nach dem Ende der italienischen Mission "Mare Nostrum" stark zurückgefahren worden war.

Ein weiteres Thema, die gerechtere Verteilung der Flüchtlinge auf die europäischen Länder, ist die Herausforderung, vor der Europa steht.

Höherer Freibetrag für Alleinerziehende

Um die Situation der alleinerziehenden Mütter und Väter zu verbessern, wollen wir den steuerlichen Entlastungsfreibetrag von derzeit 1308 auf 1908 Euro anheben. Für jedes weitere Kind steigt der Freibetrag um jeweils 240 Euro zusätzlich. Diese Maßnahmen

sollen wie die Erhöhung des Kindergelds rückwirkend zum 1. Januar in Kraft treten.

Wir müssen aber noch eine Lösung finden für all jene Familien, die auf Transferleistungen angewiesen sind. Denn sie profitieren nicht von den Erhö-

hungen. Kindergeld etc. wird auf Sozialleistungen angerechnet. Hilfen für diese Familien müssen jedoch nicht unbedingt finanzieller Natur sein.

Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für
Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
Mitglied im Ausschuss für
Menschenrechte und
Humanitäre Hilfe

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Di + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Dr. Markus Zaplata
Saarlouiser Str. 35
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Do 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu
abonnieren, senden Sie uns
bitte eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Gespräche zu Falun Gong



Treffen mit dem Europa-Delegierten von „Doctors Against Forced Organ Harvesting“ (DAFOH = Ärzte gegen illegale Organentnahmen) Prof. Huige Li und dem Opfer der Verfolgung von Falun Gong, Lebin Ding.

Nach dem Gespräch mit einem Opfer der Verfolgung von Falun Gong wurde ich wieder darin bestärkt, auf der anstehenden Chinareis-

se des Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe als Delegationsteilnehmer die Frage zu stellen, warum Menschen ver-

Mit nordkoreanischen Flüchtlingen im Gespräch

Am Montag besuchte eine Delegation nordkoreanischer Flüchtlinge den Bundestag. Auf dem Programm stand dabei auch ein Gespräch mit dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Als zuständiger Berichterstatter für Ostasien war ich sehr an dem Gespräch interessiert.

Den jungen Delegationsteilnehmern war die Flucht aus Nordkorea unter Einsatz ihres Le-

bens gelungen. Bewegend waren ihre Schilderungen über die Flucht, aber auch über die grausamen Zustände in ihrem Heimatland. Die Armut und die Hungersnot waren es, die sie letztendlich dazu gebracht haben, unter großen Gefahren zu fliehen.

Da die Delegationsmitglieder alle eine theologische Ausbildung absolvieren, auch mit dem Ziel in Nordkorea zu missionieren, war es mir ein Anliegen, zu erfahren, ob

eine freie Religionsausübung dort überhaupt möglich ist. Die Delegationsmitglieder berichteten mir, dass es zwar kleine christliche „Vorzeige-Gemeinden“ in der Hauptstadt gebe, die den ausländischen Besuchern eine falsche Wirklichkeit vorspielten, aber tatsächlich sei das Leben für Christen dort sehr schwierig. Wenn überhaupt fände in Nordkorea Kirche nur im Untergrund statt.